



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM



99,42 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



40,97 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

555

Milliarden kWh Wasserstoff, umgerechnet 16,65 Millionen Tonnen, könnte der Bedarf in Deutschland in den späten 2040er-Jahren nach neuer Schätzung des Nationalen Wasserstoffrates erreichen.

STROMNETZ

EU-Staaten ebnen Weg für schnelleren Netzausbau

F&E

Everllence startet Forschungsprojekt für grüne Kraftwerke

ELEKTROFAHRZEUGE

Stadtwerke Kelheim geben Ladepunkte ab

Inhalt

TOP-THEMA

→ **BILANZ:** Trianel-Geschäft normalisiert sich wieder

POLITIK & RECHT

- **STROMNETZ:** EU-Staaten ebnen Weg für schnelleren Netzausbau
- **STROMNETZ:** Österreich erwartet Vorteile durch Deutschlandleitung
- **WINDKRAFT ONSHORE:** Zuschlagswerte für Windenergie sinken weiter
- **MECKLENBURG-VORPOMMERN:** Landes-CDU stellt sich vor Kohlekraftwerk in Rostock

HANDEL & MARKT

- **STROM:** Sieben Maßnahmen gegen Preisspitzen im Strommarkt
- **PHOTOVOLTAIK:** MVV und Max Solar mit hybridem Vermarktungskonzept
- **GASMARKT:** Polen plant drittes LNG-Terminal
- **STATISTIK DES TAGES:** Jährliche Sonnenscheindauer in Deutschland
- **WASSERSTOFF:** Neue Schätzung des Wasserstoffbedarfs

TECHNIK

- **F&E:** Everllence startet Forschungsprojekt für grüne Kraftwerke
- **STROMNETZ:** EnBW baut 400-MW-Speicher in Philippsburg
- **GASNETZ:** EWI sieht Gasnetz als kostengünstige Infrastruktur

UNTERNEHMEN

- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Stadtwerke Kelheim geben Ladepunkte ab
 - **STROMNETZ:** Drei von vier Stadtwerken fehlt Geld für Netzausbau
 - **BILANZ:** Kraftwerksausfälle und ÖPNV belasten Ergebnis in Flensburg
 - **WINDKRAFT:** RWE bündelt Offshore-Betrieb in neuem Kontrollzentrum
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Baldiges Ende der Hitzewelle dämpft Preise
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Trianel-Geschäft normalisiert sich wieder



Sven Becker (l.) und Oliver Runte. Quelle: Trianel

BILANZ. Nach außergewöhnlichen Geschäftsjahren haben sich die Bilanzzahlen der Trianel wieder auf ein gewohntes Niveau begeben – war bei einem Online-Termin zu hören.

Das war den beiden Trianel-Geschäftsführern Sven Becker und Oliver Runte schon wichtig: Die außergewöhnlichen Jahre 2023 und 2024 konnten mit ihren Rekordgewinnen nicht der Benchmark für die kommenden Jahre sein, so die Botschaft. Doch trotz der Rückgänge bei Umsatz und Gewinn im Jahr 2025 zu den Vorjahren, habe man die Planvorgaben der Gesellschafter übertroffen.

Becker bezeichnete das Ergebnis 2025 bei einem Online-Termin vor Journalisten als „geschäftlich erfolgreiches Jahr“ bei einem nach wie vor „nicht einfachen Umfeld“. Gleichwohl habe sich die Lage an den Energiemärkten nach den Verwerfungen im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wieder normalisiert. Das spiegele sich auch im Trianel-Ergebnis 2025 wider. „In Folge des niedrigeren Strompreisniveaus 2025 erreichten die Ergebnisse erwartungsgemäß nicht mehr das Niveau der letzten Jahre“, sagte Geschäftsführer-Kollege Runte.

Die Stadtwerke-Kooperation erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 35,1 Millionen Euro und blieb damit unter den hohen Ergebnissen der beiden Vorjahre (2024: 58,8 Millionen Euro; 2023: 68,8 Millionen Euro). Die Umsatzerlöse gingen von 8,45 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 6,48 Milliarden Euro im Vorjahr zurück.

Erfolgreiche Handelsstrategie

Becker und Runte werten das Resultat beim Ergebnis vor Steuern (EBT) angesichts des veränderten Marktumfelds jedoch als Beleg für die operative Stärke des Unternehmens. „Wir haben unsere eigenen EBT-Prognosen um 14,9 Millionen Euro und damit um 48 Prozent übererfüllt“, sagte Becker.

Als wesentliche Erfolgsfaktoren nannte der für den Handel zuständige Runte die Handelsstrategie und das Geschäft mit Flexibilitäten. „Unsere deutliche Planübererfüllung ergibt sich aus der erfolgreich umgesetzten Handelsstrategie in einem herausfordernden Marktumfeld sowie sehr erfolgreich umgesetzten Optimierungsgeschäften“, sagte Runte. Erstmals habe zudem das Batteriespeicherprojekt in Waltrop durch die Gewinnung von Ankerinvestoren Beteiligungserträge beigesteuert.

Auch die Internationalisierung des Handelsgeschäfts schreitet voran. Nach der erfolgreichen Integration Tschechiens will Trianel weitere osteuropäische Märkte einbinden. Zudem eröffnete das Unternehmen im April ein Handelsbüro in London. „Das neue Büro eröffnet uns auch neue Möglichkeiten, um international erfahrene Kolleginnen und Kollegen für uns zu gewinnen“, sagte Runte. Die europäischen Handelsaktivitäten stärkten zugleich die Marktkenntnis und kämen den Kunden zugute.

Im Projektentwicklungsgeschäft setzt Trianel den Ausbau erneuerbarer Energien und von Flexibilitätsanlagen wie Batteriespeichern und Gaskraftwerken fort. Im vergangenen Jahr wurden Photovoltaik-Projekte mit einer Leistung von 167 MW realisiert. Gleichzeitig begann der Bau der Windparks Sundern (67 MW), Tasdorf (45,6 MW) und Treis II (12,5 MW). Als zentrales Vorhaben bezeichnet das Unternehmen den geplanten Batteriespeicher in Waltrop mit einer Leistung von 900 MW. Becker forderte erneut verlässliche politische Rahmenbedingungen für Investitionen in flexible Gaskraftwerke und Speicher.

Digitalisierung vorantreiben

Darüber hinaus will Trianel die Digitalisierung vorantreiben. Künstliche Intelligenz soll künftig stärker in die Handelsprozesse integriert werden. Das Handelsgeschäft sei bereits heute stark datengetrieben, erläuterte Runte. Nun werde geprüft, wie sich KI konkret zur weiteren Optimierung der Prozesse einsetzen lasse.

Mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr zeigte sich Becker trotz geopolitischer Unsicherheiten vorsichtig optimistisch. „Viel hängt für unsere weitere strategische Planung von den bevorstehenden Reformen beim EEG, beim Strommarktdesign sowie bei den Netzentgelten ab.“ Diese müssten Investitionen ermöglichen und gleichzeitig Versorgungssicherheit sowie Netzausbau im Blick behalten.

Trianel-Geschäftszahlen	2025	2024
Umsatz	6,48 Milliarden Euro	8,45 Milliarden Euro
Ergebnis vor Steuern (EBT)	46,5 Millionen Euro	92,5 Millionen Euro
Jahresüberschuss	35,1 Millionen Euro	58,8 Millionen Euro
Eigenkapital	133,4 Millionen Euro	133,3 Millionen Euro

Quelle: Trianel // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Christian Schwier

EU-Staaten ebnen Weg für schnelleren Netzausbau

STROMNETZ. Die EU-Energieminister haben sich auf ihre Position zum europäischen Netzpaket verständigt. Es soll Genehmigungen beschleunigen und den Stromnetzausbau in Europa vorantreiben.

Die Energieministerinnen und -minister der Europäischen Union haben sich auf die sogenannte Allgemeine Ausrichtung zum europäischen Netzpaket verständigt. Damit legte der Rat am 26. Juni seine Verhandlungsposition für die anstehenden Gespräche mit dem Europäischen Parlament fest. Ziel des Gesetzespakets ist es, den Aus- und Umbau der europäischen Energieinfrastruktur zu beschleunigen und die Stromnetze besser auf die Anforderungen der Energiewende auszurichten.

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) soll das Netzpaket Genehmigungsverfahren für Stromleitungen und grenzüberschreitende Energieinfrastruktur vereinfachen und den Rahmen für eine effizientere europäische Netzplanung schaffen. Zudem soll das Paket Bürokratie abbauen, indem es Rechtssicherheit für sogenannte Kundenanlagen schafft. Dazu zählen unter anderem Mieterstrommodelle sowie gemeinsame Stromversorgungsmodelle in Industrie, Gewerbe und der Wohnungswirtschaft.

Netze Basis der Energiewende

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bezeichnete die Stromnetze als zentrale Voraussetzung für die Energiewende. „Die Stromnetze bilden das Betriebssystem der Energiewende“, sagte sie am Rande des Treffens in Luxemburg. Deshalb müsse Europa den Netzausbau deutlich beschleunigen. Nach Angaben der Europäischen Kommission besteht bis 2040 ein Investitionsbedarf von mehr als einer Billion Euro für den Ausbau der Stromnetze.

EU-Energiekommissar Dan Jorgensen verwies darauf, dass bereits heute erhebliche Mengen erneuerbarer Energie nicht ins Netz eingespeist werden könnten, weil die Infrastruktur nicht ausreichend ausgebaut sei. Ein Beispiel seien Engpässe beim Stromtransport zwischen Dänemark und Deutschland.

Genehmigungen beschleunigen

Die Ratsposition sieht unter anderem schnellere und transparentere Genehmigungsverfahren vor. Die Mitgliedstaaten sollen digitale Antragsportale einrichten und Stromnetz- sowie Erneuerbare-Energien-Projekte grundsätzlich als Vorhaben von überwiegendem öffentlichem Interesse behandeln. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten künftig vorsehen, dass ausbleibende Rückmeldungen von Behörden in einzelnen Verfahrensschritten als Zustimmung gelten.

Außerdem wollen die EU-Staaten die grenzüberschreitende Netzplanung stärker koordinieren. Ein gemeinsames Szenario soll künftig den Bedarf an Strom-, Wasserstoff- und Gasinfrastruktur ermitteln. Nach dem Willen des Rates müssen dabei nationale Energie- und Klimapläne sowie regionale Besonderheiten berücksichtigt werden.

Engpasslöse zur Finanzierung

Ein weiterer Bestandteil des Netzpakets betrifft die Finanzierung grenzüberschreitender Leitungen. Künftig soll ein wachsender Anteil nicht verwendeter Engpasslöse aus dem Stromhandel schrittweise in Projekte fließen, die Netzengpässe zwischen Mitgliedstaaten verringern.

Darüber hinaus haben die Energieminister eine neue Kategorie vorrangiger Infrastrukturprojekte geschaffen, die der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit bestehender Stromnetze dient. Sie soll unter anderem Investitionen in Maßnahmen gegen Sabotage sowie physische und Cyberangriffe erleichtern.

Nach dem Beschluss der Allgemeinen Ausrichtung beginnen die Trilogverhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission. Nach Angaben des Rates soll möglichst noch 2026 eine politische Einigung erzielt werden.

Energieverband für weniger Bürokratie

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßte die Einigung grundsätzlich. Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae erklärte, beschleunigte Genehmigungsverfahren, eine bedarfsgerechte Netzplanung und Investitionssicherheit seien wichtige Voraussetzungen für den Ausbau der Energieinfrastruktur.

Zugleich forderte sie, zusätzliche Bürokratie zu vermeiden und nationale sowie regionale Besonderheiten bei der europäischen Netzplanung stärker zu berücksichtigen. Aus Sicht des Verbandes müssten zudem die Regelungen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren über verschiedene Rechtsakte hinweg einheitlich und praxistauglich ausgestaltet werden.

Der [Entwurf zur EU-Stromnetzinfrastruktur](#) steht als PDF in englischer Sprache bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Österreich erwartet Vorteile durch Deutschlandleitung



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Leichtere Stromimporte aus der Bundesrepublik könnten die Versorgung der Kunden günstiger machen, heißt es seitens des Wiener Wirtschaftsministeriums und der Austrian Power Grid.

Rund 100 Millionen Euro investiert der österreichische Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG) in die Ertüchtigung der etwa 2,5 Kilometer langen „Deutschlandleitung“, die 2027 abgeschlossen wird. Die Leitung verläuft vom Netzknoten St. Peter östlich von Braunau in Oberösterreich zur bayerischen Grenze. Von dort aus wird sie von der Tennet auf etwa 86 Kilometern Gesamtlänge zu den Umspannwerken Altheim bei Landshut sowie Isar weitergeführt.

Der technische Vorstand der APG, Gerhard Christiner, berichtete am 26. Juni bei einer Pressekonferenz mit Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die bestehende 220-kV-Leitung werde auf vier Systeme mit je 380 kV aufgerüstet. Damit steige ihre Übertragungskapazität von 800 auf 6.000 MW: „Das Tor nach Deutschland ist künftig weit offen.“ Importe aus Deutschland würden ebenso erleichtert wie Exporte – vornehmlich von Spitzenstrom aus den österreichischen Pumpspeicherkraftwerken – in die Bundesrepublik.

Laut Christiner kann dies erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile für Österreich mit sich bringen. Im Zeitraum Oktober 2025 bis einschließlich Februar 2026 sei der durchschnittliche Strompreis in Österreich um etwa 21 Euro/MWh höher gewesen als in Deutschland.

Ferner war im Zuge des EU-Systems zur lastflussbasierten Marktkopplung wegen unzureichender Kapazitäten auf den Leitungen zwischen den beiden Ländern Österreich in etwa 93 Prozent der Zeit von Deutschland entkoppelt. Dies habe Kosten von rund 600 Millionen Euro für die österreichischen Stromkunden mit sich gebracht. Weitere 100 Millionen Euro fielen für das Engpassmanagement der APG an.

Somit hatten die Kunden in Österreich insgesamt um 700 Millionen Euro mehr zu bezahlen als jene in Deutschland. Wäre die Deutschlandleitung damals bereits in Betrieb gewesen, wäre dieser Betrag um rund 240 bis 375 Millionen Euro niedriger ausgefallen, rechnete Christiner vor: „Das ist eine signifikante Reduktion.“ Somit sei der Bau der Deutschlandleitung samt ihrer Fortsetzung in der Bundesrepublik jedenfalls sinnvoll. Die APG begann 2011 mit den Vorarbeiten für das Projekt. Rechtskräftig genehmigt ist dieses seit 2016. Seit 2023 läuft die Ertüchtigung des Netzknotens St. Peter.

Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer, der seit März 2025 im Amt ist, konstatierte, mit dem Projekt werde der „physische Engpass zwischen Deutschland und Österreich eliminiert. Das ist ein wesentlicher Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“. Österreich könne künftig vermehrt günstigen Strom aus der Bundesrepublik beziehen.

Einmal mehr bekannte sich der Minister zu einer „pragmatischen Umsetzung der Energiewende“. Dabei hätten günstige Preise sowie die sichere Versorgung mit elektrischer Energie oberste Priorität. Diesen Zielen diene auch das kürzlich beschlossene Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG), das auch die Errichtung von Stromleitungen erleichtere. Hattmannsdorfer verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit seines Hauses, per Verordnung Trassen für entsprechende Projekte freizuhalten.

Jedoch halten manche Verteilnetzbetreiber wenig von dieser Option. Ihnen zufolge sind die Kriterien für die Trassenfreihaltungsverordnungen so streng, dass Projekte praktisch bis zur Einreichbarkeit für die Genehmigungsverfahren geplant werden müssen. Somit hätten die Verordnungen keinen erkennbaren Nutzen. Von der Redaktion darauf angesprochen, entgegnete Hattmannsdorfer, er könne diese Kritik nicht nachvollziehen: „Ich verstehe das überhaupt nicht.“

APG-Vorstand Christiner ergänzte, auch er halte die Möglichkeit, Trassenfreihaltungsverordnungen zu erlassen, für sinnvoll. Während des Genehmigungsverfahrens für die seit 2025 in Betrieb befindliche Salzburgleitung seines Unternehmens hätten mehrere Bürgermeister versucht, Flächen auf der geplanten Trasse in Bauland für umzuwidmen und das Projekt damit zu verhindern: „Das wird es künftig nicht mehr geben.“ Die Salzburgleitung schließt beim Netzknoten St. Peter nach Süden an die Deutschlandleitung an und verbindet diesen mit den Pumpspeicherkraftwerken im Tauerngebirge. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Zuschlagswerte für Windenergie sinken weiter



Quelle: Fotolia / psdesign1

WINDKRAFT ONSHORE. Die Bundesnetzagentur hat die Ergebnisse der Ausschreibungen für Windenergie an Land und Innovationsprojekte vom 1. Mai veröffentlicht. Beide Verfahren waren deutlich überzeichnet.

Die Bundesnetzagentur hat die Ergebnisse der Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land und der Innovationsausschreibung zum Gebotstermin 1. Mai 2026 veröffentlicht. Beide Ausschreibungen waren erneut deutlich überzeichnet. Nach Angaben der Behörde setzte sich dieser Wettbewerb insbesondere bei der Windenergie in weiter sinkenden Zuschlagswerten fort.

Für die Ausschreibung von Windenergieanlagen an Land standen 2.495 MW zur Verfügung. Die BNetzA erhielt 628 Gebote mit einem Gesamtvolumen von 6.409 MW. Sie erteilte 270 Zuschläge mit einer Leistung von insgesamt 2.499 MW. 13 Gebote schloss die Behörde vom Verfahren aus.

Die Zuschlagswerte lagen zwischen 4,44 Cent/kWh und 5,19 Cent/kWh. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert sank gegenüber der vorherigen Runde von 5,54 Cent/kWh auf 5,06 Cent/kWh. Nach Angaben der Behörde ist der durchschnittliche Zuschlagswert seit der Ausschreibungsrunde im August 2024 über sieben Gebotstermine hinweg um mehr als 2 Cent/kWh gesunken.

Niedersachsen weiter führend

Das größte Zuschlagsvolumen entfiel erneut auf Niedersachsen. Dort erhielten 70 Projekte mit insgesamt 628 MW einen Zuschlag. Es folgten Brandenburg mit 468 MW aus 47 Zuschlägen sowie Nordrhein-Westfalen mit 353 MW aus 31 Zuschlägen. „Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass die Branche liefern will und liefern kann“, kommentierte Bärbel Heidebroek, Präsidentin des Bundesverbandes Windenergie (BWE).

Auch die Innovationsausschreibung stieß auf großes Interesse. Für ein ausgeschriebenes Volumen von 475 MW gingen 46 Gebote mit insgesamt 749 MW ein. 27 Projekte mit einer Gesamtleistung von 482 MW wurden bezuschlagt. Sämtliche erfolgreichen Gebote betrafen Kombinationen aus Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern. Zwei Gebote schloss die Behörde aus.

Die Zuschlagswerte der Innovationsausschreibung reichten von 4,75 Cent/kWh bis 5,61 Cent/kWh. Der durchschnittliche Zuschlagswert lag mit 5,34 Cent/kWh nahezu auf dem Niveau der vorherigen Runde (5,31 Cent/kWh). Das größte Zuschlagsvolumen entfiel mit 287 MW auf Bayern.

Branche fordert mehr Planungssicherheit

Aus der Branche kamen Forderungen nach mehr Planungssicherheit. Der BWE kritisierte die aus seiner Sicht späte Veröffentlichung der Ausschreibungsergebnisse. Bärbel Heidebroek erklärte, Projektentwickler benötigten angesichts der ausstehenden Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des geplanten Netzpakets schneller Klarheit über die Rahmenbedingungen. Zudem müsse die Bundesregierung ausreichend Ausschreibungsvolumina bereitstellen, damit genehmigte Projekte insbesondere in Süddeutschland umgesetzt werden könnten.

Auch der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Power Systems sprach sich für verlässliche politische Rahmenbedingungen aus. Geschäftsführer Dennis Rendschmidt erklärte, Investitionsentscheidungen erforderten endlich Klarheit über die ausstehende EEG-Novelle und das angekündigte Netzanschlusspaket. Gleichzeitig müsse der Netzausbau mit dem weiteren Ausbau der Windenergie Schritt halten.

Die nächste Ausschreibungsrunde für Windenergie an Land findet am 1. August 2026 statt. Die nächste Innovationsausschreibung ist für den 1. September 2026 vorgesehen.

Die Ausschreibungsergebnisse für **Wind an Land** und **Innovationen** vom 1. Mai sind im Internet veröffentlicht. // **VON SUSANNE HARMSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Landes-CDU stellt sich vor Kohlekraftwerk in Rostock



Quelle: Shutterstock / LarichD

MECKLENBURG-VORPOMMERN. Mecklenburg-Vorpommerns sozialdemokratischer Umweltminister Till Backhaus drängt auf eine Abschaltung des Steinkohleblocks in Rostock. Die CDU hält das für „sozial blind“.

Kritik von den Grünen im Landtag ist Till Backhaus gewohnt. Ob Tierschutz, Gewässerschutz, Moore – bei kaum einem Thema hat es der Umweltminister der oppositionellen Öko-Partei bisher recht machen können. Davon unbeirrt hat der SPD-Politiker jetzt einen prominenten Grünen im Süden der Republik um Unterstützung gebeten. Backhaus hat an Baden-Württembergs grünen Ministerpräsidenten Cem Özdemir appelliert, sich für die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks in Rostock, das mehrheitlich EnBW gehört, stark zu machen. Das treibt die mecklenburg-vorpommersche Union auf die Barrikaden.

„Die Forderung nach einer vorzeitigen Abschaltung des Kraftwerks Rostock ist energiepolitisch unverantwortlich und sozial blind“, wird der Vorsitzende der Landesunion, Daniel Peters, in einer Mitteilung zitiert. Das Kraftwerk, so Peters, sei allein im vergangenen Jahr ein halbes Jahr lang am Netz gewesen und habe gezeigt, „dass es weiterhin eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit unseres Landes spielt“. Besonders befremdlich sei, dass Minister Backhaus die Fernwärmeversorgung tausender Rostockerinnen und Rostocker „offenbar völlig ausblendet“. Peters erwartet, dass Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) „ihren Minister zurückpfeift“.

Minister: CDU schürt Angst

Backhaus verweist auf die Emissionen der Anlage. Sie machen laut Umweltministerium rund 10 Prozent des CO₂-Ausstoßes im Land aus. „Jedes Jahr, das das Kraftwerk früher vom Netz ginge, würde rund 2 Millionen Tonnen CO₂ einsparen“, erklärt der Minister auf Anfrage von E&M.

Der CDU wirft Backhaus vor, Angst zu schüren, „die unbegründet ist“. Es sei nicht gefordert worden, das Kraftwerk augenblicklich vom Netz zu nehmen. „Das Kraftwerk Rostock lief zuletzt nur noch einen vergleichsweise begrenzten Teil des Jahres. Auch im Jahr 2024, als die Stromproduktion des Kraftwerks einen historischen Tiefstand erreichte, war die Versorgungssicherheit nicht gefährdet“, so Backhaus.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeige grundsätzlich, dass Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeuge als selbst verbrauche. Auch die Fernwärmeversorgung sieht das Umweltministerium auf gutem Weg und weist auf die kommunale Wärmeplanung hin. „Ich bin zuversichtlich, dass sie es gut machen werden“, sagt Backhaus über die Kommunen. Rostock sei mit seiner Wärmeplanung „praktisch fertig und ist damit Vorreiter im Land.“

EnBW hält an Kohleausstieg bis 2028 fest

„In Bezug auf den Ausstieg aus der Kohleverstromung hält die EnBW weiterhin an ihrem Ziel fest, bis 2028 aus der Kohleverstromung auszusteigen – sofern die politischen Rahmenbedingungen es erlauben und die Versorgungssicherheit nicht gefährdet ist“, teilte ein EnBW-Unternehmenssprecher auf Anfrage der Redaktion mit. Der Gesetzgeber sieht im Kohleausstiegsgesetz als spätesten Termin das Jahr 2038 vor.

Der EnBW-Sprecher betont zudem, dass es sich um ein Gemeinschaftskraftwerk handle und die EnBW hier über das weitere Vorgehen nur in Abstimmung mit ihrem Partner Rheinenergie entscheiden könne. „Außerdem besteht bislang noch keine endgültige Klarheit über den finalen Gesetzesrahmen innerhalb des StromVKG, der für mögliche Weiterentwicklungen unserer Kraftwerksstandorte maßgeblich ist.“

Das Steinkohlekraftwerk in Rostock befindet sich zu 50,38 Prozent im Besitz der EnBW, 49,62 Prozent gehören der Rheinenergie AG. Es handelt sich um ein Mittellastkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 553 MW. Die Wärmeauskopplung beträgt maximal 300 MW. Das Kraftwerk kann schnell hoch- und heruntergefahren werden und so den Bedarf abdecken, der über die Grundlast hinausgeht. Die Laständerungsgeschwindigkeit beziffert die Sprecherin des Kraftwerks auf 20 MW pro Minute. „Bei einem Warmstart sind wir unter 2 Stunden wieder von null auf 100 Prozent.“

Im Jahr 2025 erzeugte das Kraftwerk 2 Milliarden kWh Strom, im Jahr 2024 waren es 703 Millionen kWh. Die Fernwärmeauskopplung betrug 2025 rund 185 Millionen kWh, 2024 waren es 75 Millionen kWh.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / galaxy67

Sieben Maßnahmen gegen Preisspitzen im Strommarkt

STROM. Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) fordert von der Bundesregierung Maßnahmen, um das Stromsystem flexibler zu machen gegen Preisspitzen während der aktuellen Hitzeflaute.

Die aktuellen Preisspitzen am Strommarkt wegen wenig Wind und großer Hitze seien vor allem durch einen Mangel an Flexibilität im Energiesystem verursacht, konstatiert der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE). Nach Angaben des Verbandes werden Solarstromanlagen derzeit tagsüber häufig abgeregelt, während in den Abendstunden teure konventionelle Kraftwerke die Stromversorgung sichern müssen. Ursache seien fehlende Speicher und unzureichende Möglichkeiten, Stromverbrauch und -erzeugung flexibel aufeinander abzustimmen.

Laut BNE wurden seit dem 18. Juni 39 Viertelstunden mit Börsenstrompreisen von mehr als 300 Euro je MWh registriert. Der höchste Preis habe bei 747 Euro je MWh gelegen. Diese Ausschläge seien nicht auf einen generellen Strommangel zurückzuführen, sondern auf kurzfristige Engpässe in den Abendstunden.

Sieben Gegenmaßnahmen gefordert

Der Verband fordert deshalb, den Ausbau von Batteriespeichern deutlich zu beschleunigen. Nach Angaben des BNE stünden viele Projekte bereit und die Hersteller könnten die Speicher kurzfristig liefern. Verzögerungen entstünden jedoch insbesondere bei Netzanschlüssen und Genehmigungen. Diese Verfahren müssten beschleunigt werden, damit die geplanten Speicherkapazitäten zügig verfügbar würden.

Zudem spricht sich der Verband für eine stärkere Einbindung privater Batteriespeicher aus. Nach Angaben des BNE stehen in Deutschland bereits Heimspeicher mit einer Gesamtkapazität von mehr als 20 Millionen kWh zur Verfügung. Diese müssten durch geeignete regulatorische Rahmenbedingungen stärker in Markt- und Netzprozesse integriert werden. Als Beispiel nennt der Verband die schnelle Umsetzung der MISPEL-Verordnung sowie den Abbau regulatorischer Hemmnisse.

Auch Elektrofahrzeuge könnten nach Einschätzung des BNE einen wichtigen Beitrag leisten. Rund 100 Millionen kWh Speicherkapazität seien bereits auf deutschen Straßen unterwegs. Durch intelligentes und künftig bidirektionales Laden könnten die Fahrzeuge tagsüber Strom aufnehmen und in den

Abendstunden teilweise wieder ins Netz einspeisen. Voraussetzung dafür seien Smart Meter und eine leistungsfähige Datenverarbeitung bei den Verteilnetzbetreibern.

Intelligentes Messen und Regeln

Darüber hinaus fordert der Verband einen deutlich schnelleren Rollout intelligenter Messsysteme. Smart Meter seien notwendig, damit Batteriespeicher, Wärmepumpen, Wallboxen und andere steuerbare Verbraucher automatisch auf Preissignale reagieren könnten. Gleichzeitig müsse auch die Digitalisierung der Stromnetze vorangetrieben werden. Nur mit einer Echtzeitüberwachung des Netzzustands lasse sich die zunehmende Zahl dezentraler Erzeugungs- und Speicheranlagen effizient koordinieren.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Einführung dynamischer Netzentgelte. Nach Auffassung des BNE müsse die derzeit laufende Reform der Netzentgelte dazu führen, dass Verbraucher ihren Stromverbrauch stärker an der aktuellen Netzsituation ausrichten können. Obwohl Netzbetreiber seit April 2025 verpflichtet seien, zeitvariable Netzentgelte für bestimmte steuerbare Verbrauchseinrichtungen anzubieten, sei dieses Angebot laut Verband bislang kaum verfügbar.

Außerdem fordert der Verband eine flächendeckende Verfügbarkeit dynamischer Stromtarife. Verbraucher könnten ihren Stromverbrauch gezielt in Zeiten niedriger Börsenpreise verlagern, wenn Lieferanten entsprechende Tarife einfach und transparent anbieten würden. Dadurch ließen sich Lastspitzen verringern und das Stromsystem insgesamt entlasten. // [VON SUSANNE HARMSEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

MVV und Max Solar mit hybridem Vermarktungskonzept



Quelle: Jonas Rosenberger

PHOTOVOLTAIK. MVV Trading und Max Solar haben einen Festpreis-Vertrag für die Vermarktung einer Photovoltaik-Anlage mit Batteriespeicher geschlossen.

Die Vereinbarung zwischen der Handelstochter des Mannheimer Energieunternehmens MVV Energie AG und der Max Solar GmbH ist am 24. Juni auf der Intersolar Europe in München unterzeichnet worden. Gegenstand ist die Direktvermarktung einer EEG-geförderten Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von 52 MW in Kombination mit einem 30-MW-Batteriespeichersystem mit einer Kapazität von 60 MWh. Die Finanzierung wurde von der DAL Deutsche Anlagen-Leasing/Deutsche Leasing Finance umgesetzt.

Wie die beteiligten Unternehmen mitteilen, handelt es sich um einen der ersten kombinierten Festpreis-Verträge dieser Art. Er bilde die Grundlage für den weiteren Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. „Hybride Anlagen aus Photovoltaik und Speichern werden eine Schlüsselrolle im Energiesystem der Zukunft haben. Mit diesem Konzept kombinieren wir unsere langjährige Expertise als Direktvermarkter mit unserem breiten Produktportfolio in der Flexibilitätsvermarktung“, erklärte dazu Jan Brübach, Geschäftsführer von MVV Trading. Der Vertrag zeige, wie sich innovative Anlagenkonzepte durch intelligente Vermarktungs- und Absicherungslösungen wirtschaftlich tragfähig in den Markt integrieren lassen.

„Für Max Solar ist der Vertrag mit MVV Trading ein wichtiger Schritt zur langfristigen Absicherung unseres hybriden Anlagenkonzepts“, betonte Christoph Strasser, CEO von Max Solar. Dadurch dass Photovoltaik-Erzeugung und Speicherbetrieb nicht isoliert, sondern integriert vergütet werden, adressiere das Vorhaben

zentrale Herausforderungen der Energiewirtschaft, insbesondere die Integration volatiler erneuerbarer Energie in das Stromsystem. // [VON GÜNTER DREWNITZKY](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Polen plant drittes LNG-Terminal



Polnische Flagge. Quelle: Pixabay / Karolina Grabowksa

GASMARKT. Der polnische staatliche Gasnetzbetreiber Gaz-System wird ein zweites schwimmendes LNG-Terminal (FSRU) errichten. Angeblich ohne Subventionen.

Polskie Radio berichtet über die Pläne zur Errichtung eines LNG-Terminals in der Danziger Bucht unter Berufung auf Premierminister Donald Tusk von der liberal-konservativen Partei Bürgerkoalition. Das Projekt sei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Energiesicherheit des Landes sowie seiner regionalen Rolle auf dem Gasmarkt.

Gaz-System habe sich nach einer Marktstudie, die eine starke Nachfrage signalisierte, für eine Erweiterung seiner LNG-Infrastrukturpläne entschieden. Die neue schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheit (FSRU) soll über eine jährliche Kapazität von 6,1 Milliarden Kubikmetern LNG verfügen.

Er verwies darauf, dass das Land bereits ein Flüssigerdgas-Terminal in Swinemünde (Swinoujscie) nahe der Grenze zu Deutschland betreibt und derzeit die Fertigstellung seines ersten schwimmenden LNG-Terminals in der Danziger Bucht vorantreibt. Der Premierminister erklärte, das Projekt werde kommerziell und nicht durch staatliche Mittel finanziert, da ein starkes Marktinteresse bestehe.

Gaz-System-CEO Slawomir Hinc sagte, die Ergebnisse zeigten ein deutliches Interesse an Polens wachsender Rolle als regionales LNG-Drehkreuz; von einer Festigung dieser Stellung sprach auch Donald Tusk. Zudem stehe das Projekt im Einklang mit der langfristigen Entwicklungsstrategie des Unternehmens.

Mit zwei schwimmenden LNG-Terminals und bereits abgeschlossenen Infrastrukturprojekten werde die gesamte Gasimportkapazität Polens voraussichtlich rund 50 Milliarden Kubikmeter/Jahr erreichen, so Hinc. Gaz-System errichtet derzeit das erste schwimmende Terminal in der Danziger Bucht, das ebenfalls für einen Durchsatz von mindestens 6,1 Milliarden Kubikmeter/Jahr ausgelegt ist. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2027 oder Anfang 2028 geplant.

Polens stationäres LNG-Terminal in Swinemünde nahm 2016 den Betrieb auf und verfügt mittlerweile über eine Kapazität von 8,3 Milliarden Kubikmeter/Jahr. Gaz-System betreibt die wichtigsten Gaspipelines des Landes und verwaltet das Terminal in Swinemünde. // [VON MARTIN KLINGSPORN](#)

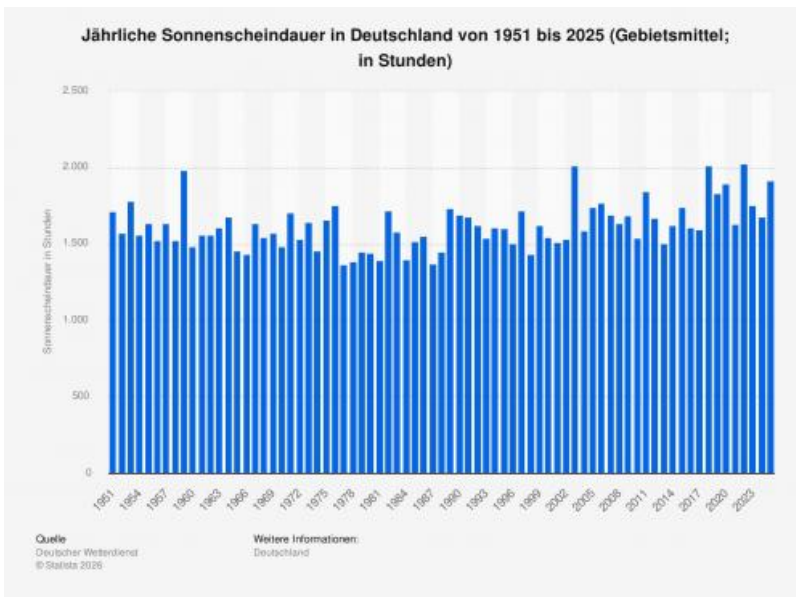
[^ Zum Inhalt](#)

Jährliche Sonnenscheindauer in Deutschland



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 wurden im Gebietsmittel in Deutschland rund 1.914 Sonnenstunden gemessen. Im Vorjahr lag die Zahl der Sonnenstunden mit 1.675,3 etwas niedriger. Der höchste Wert wurde mit 2024,10 Stunden für das Jahr 2022 ermittelt. Acht der zehn sonnenreichsten Jahre liegen im Zeitraum zwischen 2003 und 2025.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Schätzung des Wasserstoffbedarfs



Quelle: Fotolia

WASSERSTOFF. Der Nationale Wasserstoffrat taxiert den Bedarf an Wasserstoff in den späten 2040er-Jahren auf bis zu 555 Milliarden kWh. Der politische Handlungsbedarf sei „dringender denn je“.

Vom Hoffnungsträger zum Sorgenkind der Energiewende: Grüner Wasserstoff ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. So weit, dass der Nationale Wasserstoffrat (NWR) jetzt Alarm schlägt. Von einem Wasserstoffhochlauf könne man derzeit kaum sprechen, schreibt das Gremium in der kürzlich aktualisierten Bedarfsschätzung. Um den für die Transformation benötigten Wasserstoffbedarf zu decken, „besteht politischer Handlungsbedarf, der dringender denn je ist“.

In dem Papier ordnet der NWR die bereits veröffentlichten Bedarfsabschätzungen vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung neu ein. Für die frühen Dreißigerjahre geht der Rat von einem gesamten Wasserstoffbedarf zwischen 60 und 115 Milliarden kWh aus. Für die späten Dreißigerjahre beziehungsweise frühen Vierzigerjahre werden 155 bis 295 Milliarden kWh angesetzt. Mit Blick auf die späten Vierzigerjahre nennt der NWR eine Spanne von 275 bis 555 Milliarden kWh – das entspricht 8,25 bis 16,65 Millionen Tonnen.

Den größten Bedarf sieht der Rat in der Industrie. Für die frühen Dreißigerjahre rechnet er mit 30 bis 55 Milliarden kWh. Für die späten Vierzigerjahre veranschlagt er den Bedarf auf 140 bis 300 Milliarden kWh. Hauptnehmer: die chemische Industrie und die Stahlindustrie.

Weniger Bedarf in der chemischen Industrie

In der Stahlindustrie könnten die derzeit geplanten Direktreduktionsanlagen einen Wasserstoffbedarf von bis zu 400.000 Tonnen pro Jahr erzeugen. Voraussetzung sei jedoch, dass klimaneutraler Wasserstoff in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar werde, so der NWR.

Was die Chemieindustrie betrifft, fallen die Schätzungen gegenüber früheren Annahmen infolge rückläufiger Produktionsmengen und veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen geringer aus. Der NWR geht von einem Bedarf an Wasserstoff und Wasserstoff-Derivaten für 2045 zwischen 107 und 243 Milliarden kWh aus – 14 bis 28 Prozent weniger als in der Prognose 2024.

Für den Sektor „Mobilität“ erwartet das Gremium in den frühen Dreißigerjahren einen Bedarf von 25 bis 30 Milliarden kWh. Rund 7 Milliarden kWh davon entfallen auf Wasserstoff-Derivate. In den späten Vierzigern werden es demnach 75 bis 135 Milliarden kWh sein, etwa 40 Milliarden kWh machen Derivate aus.

Der Bedarf im Strom- und Fernwärmesektor erreicht bis 2035 etwa 5 bis 30 Milliarden kWh. Mit sinkenden Wasserstoffkosten und dem schrittweisen Einsatz wasserstofffähiger Gaskraftwerke steigt er nach Überlegungen des NWR auf 60 bis 120 Milliarden kWh bis zum Jahr 2045.

Nicht ohne „klares politisches Bekenntnis“

Als Anlass für die neuen Schätzungen nennt der Rat „die weitere Zuspitzung der geopolitischen Lage, die wachsende Unsicherheit durch die Politik der USA sowie neue Schwerpunktsetzungen auf europäischer und bundesdeutscher Ebene“. Ob Industrie, Verkehr, Strom- und Wärmeversorgung – für alle Sektoren gelte, „dass ein klares politisches Bekenntnis und die rechtlich-regulatorischen Bedingungen geschaffen oder zumindest verbessert werden müssen, bevor die genannten Bedarfe tatsächlich realisiert werden können“, kommentiert Ratsmitglied Kirsten Westphal.

Der bisherige regulatorische Rahmen und die schwierigen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verhinderten Investitionen, kritisiert das Gremium. „Unzureichende Angebotsmengen bei konstanter beziehungsweise steigender Nachfrage wiederum erhöhen die Kosten, was wiederum zahlreiche Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette gefährdet, zu Stillstand oder sogar zur Aufgabe zwingt.“

// VON MANFRED FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: Everllence

Everllence startet Forschungsprojekt für grüne Kraftwerke

F&E. Motorenhersteller Everllence entwickelt mit Industrie- und Forschungspartnern Konzepte für Motorenkraftwerke mit Wasserstoff oder Ammoniak.

Der Augsburger Motorenhersteller Everllence hat gemeinsam mit Industrie- und Forschungspartnern das Forschungsprojekt „HydroMonia“ gestartet, teilte das Unternehmen am 26. Juni mit. Ziel ist die Entwicklung von Kraftwerkskonzepten mit mittelschnelllaufenden Viertakt-Gasmotoren, die entweder mit reinem Wasserstoff oder reinem Ammoniak betrieben werden.

Neben Everllence beteiligen sich die WTZ Roßlau gGmbH, das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE), das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS) sowie der Chemnitzer Energieversorger und Kraftwerksbetreiber „eins energie in sachsen“ als assoziierter Partner. Das Vorhaben begann im Januar 2026 und läuft über 36 Monate. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Projekt.

„Für Everllence ist dieses Forschungsprojekt ein weiterer Schritt auf dem Weg, klimaneutrale Kraftwerkslösungen anzubieten“, erklärte Alexander Knafl, Head of Engineering, R&D Four-Stroke bei Everllence. „Für uns beginnt der Weg zur Dekarbonisierung des Strommarktes mit der Dekarbonisierung von Kraftstoffen und in diesem Zusammenhang sind Ammoniak und Wasserstoff vielversprechende Kandidaten, da diese vollständig kohlenstofffrei sind.“

Fokus auf flexible Kraftwerke

Im Projekt entwickeln die Partner Konzepte für Kraftwerke mit Gasmotoren, die künftig als flexible Erzeugungsanlagen eingesetzt werden können. Nach Angaben des Unternehmens richtet sich der Blick insbesondere auf Zeiten mit geringer Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen. In diesen Phasen sollen wasserstoff- oder ammoniakbetriebene Motorenkraftwerke gesicherte Leistung bereitstellen.

Everllence verweist darauf, dass Motorenkraftwerke schnell starten und ihre Leistung kurzfristig anpassen können. Das Unternehmen sieht darin eine Voraussetzung für den Einsatz als flexible Reservekapazitäten in einem Stromsystem mit hohem Anteil erneuerbarer Energien.

Everllence übernimmt die Entwicklung des Kraftwerks- und Motorenkonzepts einschließlich der Abgasnachbehandlung. Die WTZ Roßlau entwickelt die Brennverfahren für den Betrieb mit Wasserstoff und Ammoniak. Das FKFS erstellt Verbrennungssimulationen und unterstützt die Auslegung der Motoren.

Das Fraunhofer ISE untersucht die Klimabilanz der Kraftstoffe über ihren gesamten Lebenszyklus sowie mögliche Entwicklungen der Infrastruktur und der Importketten. Der Chemnitzer Energieversorger Eins bringt Anforderungen aus dem Betrieb von Gasmotorenkraftwerken in das Projekt ein und bewertet die Konzepte aus Sicht eines Kraftwerksbetreibers. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Verbund

**Energie speichern.
Die Region bereichern.**

[Mehr erfahren!](#)

EnBW baut 400-MW-Speicher in Philippsburg



Die Lithium-Ionen-Batterien im Batteriecontainer. Quelle: EnBW / Alexander Vogel

STROMNETZ. Im Energiepark Philippsburg baut die EnBW einen der größten Batteriespeicher Deutschlands. Er soll Strom aus Wind- und Sonnenenergie aufnehmen und bei Bedarf ins Netz abgeben.

Mit einer Leistung von 400 MW und einer Kapazität von 800 MWh kann der Speicher den täglichen Strombedarf von rund 100.000 Haushalten decken. Die Anlage entsteht neben den beiden Kernkraftwerksblöcken, die zurzeit zurückgebaut werden. Hier hat der Übertragungsnetzbetreiber Transnet BW auch den Konverter für die Gleichstromtrasse Ultranet errichtet, die ab 2027 über den Korridor A-Nord rund 2.000 MW Windkraftstrom in den Südwesten der Republik liefern soll. Ultranet selbst verbindet Philippsburg und Meerbusch-Osterath in Nordrhein-Westfalen und soll Ende 2026 in Betrieb gehen.

„Erneuerbare Energien brauchen flexible Partner. Batteriespeicher sorgen zusammen mit wasserstofffähigen Gaskraftwerken für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Beide Technologien leisten einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit, indem sie die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie ausgleichen“, erklärte Peter Heydecker, Vorstand für Nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur bei der EnBW. Während Gaskraftwerke in der Lage seien, auch längere Dunkelflauten zu überbrücken, könnten Batteriespeicher bei kürzeren Zeiträumen einspringen.

Philippsburgs Bürgermeister Stefan Martus (CDU) betonte: „Philippsburg gehört seit einem halben Jahrhundert zu den wichtigsten Energiestandorten in Deutschland – und diese starke Position wird durch den Batteriespeicher weiter gestärkt.“

Die Finanzierung des Batteriespeichers kommt ohne Förderung aus und erfolgt über Erlöse aus der Stromvermarktung und den netzdienlichen Leistungen, die dafür sorgen, dass das Stromnetz stabil bleibt.



Einer der Testspeicher wird in Philippsburg von einem Autokran abgeladen

Quelle: EnBW / Alexander Vogel

Um zwei verschiedene Speichertypen zu testen, errichtet die EnBW zunächst eine Pilotanlage. Im kommenden Jahr wird sie um weitere Einheiten ergänzt, die dann gemeinsam bis Ende 2027 in Betrieb gehen werden. EnBW betreibt nach eigenen Angaben aktuell 20 Batteriespeicher mit über 100 MWh installierter Kapazität in Deutschland. Zusätzlich werden derzeit Batteriespeicher mit insgesamt 1.800 MWh entwickelt. Jeder neue Solarpark soll standardmäßig mit Batteriespeichern ausgerüstet werden. // **VON GÜNTER DREWNITZKY**

[^ Zum Inhalt](#)

EWI sieht Gasnetz als kostengünstige Infrastruktur



Ausgaben für das Gassystem in Deutschland
Quelle: EWI

GASNETZ. Das EWI Köln hat im Auftrag des Branchenverbands DGWW die Entwicklung der Ausgaben für das deutsche Gassystem untersucht und dabei die Rolle der Gasnetze als vorteilhaft bewertet.

Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) hat die historische Entwicklung der Ausgaben für das deutsche Gassystem untersucht. Die Studie entstand im Auftrag des Branchenverbands „Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft“ (DGWW) in Berlin. Analysiert wurden die Ausgaben im Zeitraum von 2010 bis 2024.

Nach Angaben des EWI sind die netzbezogenen Ausgaben über den gesamten Betrachtungszeitraum real weitgehend stabil geblieben. Deutlich stärkere Schwankungen habe es dagegen bei den Gesamtausgaben des Gassystems gegeben, insbesondere infolge der Energiepreiskrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine. Die Autoren unterscheiden deshalb zwischen der Entwicklung einzelner Ausgabenbestandteile und der langfristigen Rolle der Infrastruktur.

Gasnetzkosten unverändert

Die Studie bilanziert die Ausgaben des Gassystems nach ihrem Zweck und den jeweiligen Akteuren. Berücksichtigt werden unter anderem Kosten für Beschaffung und Vertrieb, Netze, Abgaben und Umlagen sowie öffentliche Mittel. Laut EWI lagen die realen Ausgaben für das Gasnetz im Untersuchungszeitraum konstant bei rund 1,1 bis 1,2 Cent pro kWh. Öffentliche Mittel seien während der Energiekrise vor allem eingesetzt worden, um die Versorgung zu stabilisieren und Verbraucher zu entlasten. Sie hätten dagegen nicht den laufenden Netzbetrieb finanziert.

Die Autoren vergleichen ihre Ergebnisse zudem mit einer Anfang 2026 veröffentlichten Analyse der Ausgaben im Stromsystem. Demnach transportierte das Gasnetz im Jahr 2024 rund die 1,7-fache Energiemenge des Stromnetzes, während die netzbezogenen Ausgaben lediglich etwa ein Siebtel der entsprechenden Kosten im Stromsystem ausmachten. Nach Einschätzung des EWI spricht dies für eine hohe Transportleistung des Gasnetzes bei vergleichsweise geringen Infrastrukturkosten.

Verband will Infrastruktur erhalten

Der Branchenverband „Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft“ leitet daraus die Forderung ab, die bestehende Gasinfrastruktur weiterhin in die Energie- und Wärmeplanung einzubeziehen. Vorstand Timm Kehler erklärte, das Gasnetz sei „nicht das Problem, sondern Teil der Lösung“. Es sei leistungsfähig, bereits vorhanden und könne künftig auch für klimaneutrale Gase genutzt werden.



Der Erdgasverbrauch in Deutschland sinkt seit dem Beginn des Ukraine-Krieges (Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: EWI

Nach Angaben des Verbands seien aktuelle Veränderungen bei den Gasnetzentgelten nicht auf dauerhaft steigende Netzkosten zurückzuführen. Sie stünden vielmehr im Zusammenhang mit regulatorischen Vorgaben und der Anpassung von Abschreibungszeiträumen. Im Rahmen des Modells KANU 2.0 würden Kosten zeitlich vorgezogen, um die verbleibenden Ausgaben bis 2045 auf eine größere Zahl von Netznutzern zu verteilen und spätere Belastungssprünge zu vermeiden.

Aus Sicht des Verbands sollte die vorhandene Infrastruktur deshalb nicht vorschnell zurückgebaut werden. Das bestehende Gasnetz versorge Haushalte, Gewerbe, Industrie und Kraftwerke mit großen Energiemengen und könne künftig auch Wasserstoff, Biomethan sowie weitere klimaneutrale Gase transportieren. Wo entsprechende Bedarfe bestünden, sollten Gas- und Wasserstoffnetze systematisch in die kommunale Energie- und Wärmeplanung einbezogen werden, so Kehler.

Die **EWI Studie „Ausgaben für das Gassystem in Deutschland“** steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN

Quelle: Stadtwerke Kelheim/R. Jellinek

Stadtwerke Kelheim geben Ladepunkte ab

ELEKTROFAHRZEUGE. Die Thüga-Gesellschaft Regioladen plus in Bad Mergentheim übernimmt die Ladesäulen des bayerischen Stadtwerkes.

Die Stadtwerke Kelheim haben ihre 43 öffentlichen Ladepunkte an die „Regioladen+ GmbH & Co. KG“ übertragen. Das Unternehmen kommt damit den gesetzlichen Vorgaben in Paragraf 7c des Energiewirtschaftsgesetzes nach, der den gleichzeitigen Betrieb von Stromnetzinfrastruktur und Ladeinfrastruktur rechtlich nicht mehr zulässt, heißt es aus Kelheim.

Die Regioladen plus mit Sitz in Bad Mergentheim gehört zur Thüga-Gruppe und bündelt die Ladeinfrastruktur kommunaler Energieversorger. Ziel ist es, den Betrieb von Ladesäulen zu zentralisieren, Prozesse zu vereinheitlichen und Skaleneffekte zu nutzen. Durch gemeinsame Systeme, gebündelten Einkauf und einheitliche Betriebsprozesse sollen Kosten gesenkt und der Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigt werden, heißt es weiter.

Zum Start von Regioladen plus im Januar 2025 haben 15 Stadtwerke und Regionalversorger rund 900 Ladepunkte in die Gesellschaft eingebracht. Bis 2030 soll deren Zahl auf mehr als 1.500 steigen. Dafür sind Investitionen von rund 6,5 Millionen Euro vorgesehen, hieß es damals. Es bleibe die regionale Verankerung der beteiligten Versorger erhalten, während Betrieb und Weiterentwicklung der Ladeinfrastruktur zentral organisiert würden.

Für die Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Kelheim ändert sich durch die Übertragung nichts. Nutzung, Zugang und Tarife bleiben unverändert. Auch künftig bleiben die Stadtwerke der Ansprechpartner vor Ort. Das Unternehmen versorgt die Region unter anderem mit Strom, Erdgas, Trinkwasser, Biowärme und Glasfaser und baut die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität kontinuierlich aus.

„Mit der Übertragung unserer Ladepunkte an Regioladen plus schaffen wir die Grundlage, unser Engagement in der Elektromobilität langfristig wirtschaftlich und zukunftssicher aufzustellen“, sagte Stadtwerke-Geschäftsführerin Sabine Melbig. Zugleich erfüllten die Kelheimer die Unbundling-Vorschriften und schafften die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau eines leistungsfähigen Ladenetzes in der Region. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energienmanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Drei von vier Stadtwerken fehlt Geld für Netzausbau



Quelle: VKU

STROMNETZ. Drei Viertel der Stadtwerke sehen ihre Finanzierungskraft für den Ausbau der Stromverteilnetze als angespannt. Der VKU fordert deshalb bessere regulatorische Rahmenbedingungen.

Drei von vier Stadtwerken bewerten ihre finanzielle Situation beim Ausbau der Stromverteilnetze als angespannt oder kritisch. Das geht aus einer Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) hervor. Demnach halten 75 Prozent der befragten Unternehmen ihre Finanzierungskraft für unzureichend, während lediglich 9 Prozent sie als gut oder sehr gut einschätzen.

Nach Angaben des VKU stehen die Netzbetreiber in den kommenden Jahren vor umfangreichen Investitionen. Sie müssen ihre Verteilnetze ausbauen, um zusätzliche erneuerbare Erzeugungsanlagen, Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sowie neue industrielle Anwendungen anschließen zu können. Als größte Herausforderungen nennen die Unternehmen neben regulatorischen Unsicherheiten vor allem die Finanzierung der Investitionen sowie die Entwicklung der Netzentgelte.

Finanzielle Regulatorik verbessern

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing erklärte, ohne bessere Rahmenbedingungen drohe der Netzausbau zum Engpass der Energiewende zu werden. Die Bundesnetzagentur müsse den Netzbetreibern ausreichend Spielraum geben, damit diese die erforderlichen Investitionen in Milliardenhöhe refinanzieren könnten.

Die Unternehmen sehen insbesondere den regulatorischen Rahmen kritisch. Laut Umfrage halten 74 Prozent der Befragten die derzeitigen Vorgaben nicht für investitionsfördernd. Der VKU fordert deshalb

unter anderem eine stärkere Eigenkapitalausstattung der Netzbetreiber, verlässliche regulatorische Vorgaben sowie eine zügige Umsetzung der geplanten Beschleunigungsmaßnahmen für den Netzausbau.



Detailantworten der VKU-Umfrage zur Finanzierungskraft der Unternehmen

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: VKU

EEG-Novelle und Netzpaket dringend erwartet

Zudem warnt der Verband vor Verzögerungen bei der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und dem Netzpaket der Bundesregierung. Laut Liebing erhöht jede weitere Verzögerung das Risiko, dass wichtige Reformen in diesem Jahr nicht mehr abgeschlossen werden. Beide Vorhaben seien erforderlich, um den Ausbau erneuerbarer Energien besser mit dem Ausbau der Stromnetze zu koordinieren.

Beim sogenannten Redispatch sehen die Unternehmen dagegen Fortschritte. Laut Umfrage bewerten 62 Prozent ihre Prozesse inzwischen als stabil oder funktionsfähig. Weitere 32 Prozent befinden sich nach eigenen Angaben noch im Aufbau entsprechender Abläufe.

Kritisch bewertet der VKU allerdings den zeitweise geplanten Redispatch-Vorbehalt. Dieser hätte vorgesehen, dass Betreiber neuer Erneuerbare-Energien-Anlagen bei Abregelungen unter bestimmten Voraussetzungen auf Entschädigungszahlungen verzichten müssen. Nach Einschätzung des Verbands hätten dadurch zusätzliche Investitionsrisiken entstehen können.

Stromkosten begrenzen

Für Verbraucherinnen und Verbraucher stehen aus Sicht der befragten Unternehmen vor allem stabile Strompreise und eine sichere Energieversorgung im Vordergrund. 95 Prozent der Unternehmen nennen Versorgungssicherheit als wichtiges Anliegen, 92 Prozent stabile Strompreise. Gleichzeitig gewinnen nach Einschätzung der Befragten schnelle Netzanschlüsse zunehmend an Bedeutung.

Um die Stromkosten langfristig zu begrenzen, sehen die Stadtwerke vor allem Reformbedarf bei den Netzentgelten. Darüber hinaus sprechen sie sich für eine Senkung der Stromsteuer für alle Verbraucher sowie für einen schnelleren Ausbau von Speichertechnologien aus.

Unterstützung der Politik für kommunale Altschulden

Der Deutsche Bundestag beriet am 26. Juni in erster Lesung das Gesetz zur Entlastung von Ländern und Kommunen, mit dem der Bund sich an der Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik beteiligt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Mack: „Mit dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz beteiligt sich der Bund erstmals am Abbau kommunaler Kassenkredite.“

Das sei ein wichtiges Signal an die Kommunen, doch es werde die kommunalen Finanzprobleme nicht lösen. Das Gesetz „schafft die Grundlage für einen Neuanfang“, so Mack. Er begrüßte zugleich, dass einige

Bundesländer bereits Verantwortung übernommen und eigene Altschuldenprogramme aufgelegt haben. „Dieser Weg muss jetzt konsequent fortgeschritten werden“, forderte er. Das könnte auch den kommunalen Unternehmen bei der Energiewende helfen.

Die **VKU-Umfrage mit Fokus auf Finanzkraft der Kommunen** steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Kraftwerksausfälle und ÖPNV belasten Ergebnis in Flensburg



Quelle: Kurhan, Fotolia

BILANZ. Die Stadtwerke Flensburg haben im vergangenen Geschäftsjahr 2025 ein „solides Ergebnis“ erwirtschaftet. Das operative Ergebnis ist jedoch zurückgegangen, ein Grund sind ÖPNV-Verluste.

Die zentrale Botschaft von Julian Wollscheidt, dem neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der kommunalen Stadtwerke Flensburg, ist: „Wir bleiben stabil und zukunftsfähig.“ Die Kennzahlen des vergangenen Geschäftsjahres würden dies untermauern, sagte er bei der Vorstellung der Geschäftszahlen am 26. Juni. „Auch wenn unser Jahresergebnis aufgrund von Sondereffekten unter dem des Jahres 2024 liegt, befinden wir uns auf einem guten Weg hin zu nachhaltigem Wachstum.“

Die Stadtwerke Flensburg haben demnach im Geschäftsjahr 2025 einen Umsatz von 838 Millionen Euro erzielt. Im Vorjahr hatte der Umsatz bei 865 Millionen Euro gelegen. Der Jahresüberschuss nach Steuern sank von 10,5 Millionen Euro auf 7,2 Millionen Euro. Das operative Ergebnis legte hingegen von 16 auf 21,2 Millionen Euro zu. Die Eigenkapitalquote sank von 42,7 auf 38,9 Prozent. Hintergrund sind höhere Investitionen sowie ein Anstieg der Bilanzsumme um 56,5 Millionen Euro auf 723,3 Millionen Euro.

Nach Angaben des Unternehmens führten Einschränkungen bei der Verfügbarkeit des KWK-Kraftwerks im ersten Quartal 2025 dazu, dass geplante Strommengen nicht vermarktet werden konnten. Zudem schrieb der Bereich ÖPNV Verluste. Im öffentlichen Nahverkehr hätten hohe Investitionen, etwa in neue Elektrobusse sowie in den Neubau eines Betriebshofes, das Ergebnis zusätzlich belastet.

Die Zahl der Kundinnen und Kunden stieg um rund vier Prozent auf 330.000. Während der Stromvertrieb aufgrund der Kraftwerksausfälle keine Zuwächse verzeichnete, entwickelten sich die Geschäftsbereiche Erdgas und Telekommunikation positiv. Der Gasabsatz erhöhte sich um 119 Prozent auf 1,59 Milliarden kWh (1.595 GWh) und lag damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Der Fernwärmeabsatz entsprach mit 880 Millionen kWh (880 GWh) fast exakt dem Vorjahr (890 GWh). Der Stromabsatz hingegen ging um zehn Prozent zurück. Hier nannten die Stadtwerke Flensburg keine Absatzmengen.

Ausschüttung an die Stadt Flensburg

Insgesamt haben die Stadtwerke Flensburg im Geschäftsjahr 2025 mehr als 77 Millionen Euro investiert. „Dieses Niveau werden wir in den nächsten Jahren halten“, sagte Karsten Müller-Janßen, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Flensburg.

Zu den größten Investitionsprojekten zählt der Umbau der Fernwärmeversorgung. Im Jahr 2025 begannen die Arbeiten für eine Meerwasser-Großwärmepumpe. Nach Angaben der Stadtwerke sollen in den kommenden Jahren rund 400 Millionen Euro in die Dekarbonisierung der Energieversorgung fließen, davon mehr als 70 Millionen Euro in die Großwärmepumpe. Weiteres Geld fließt in den Netzausbau. Der Grundstein für die Anlage wurde Anfang Juni 2026 gelegt. Die Inbetriebnahme ist für 2027 vorgesehen.

Die Stadtwerke Flensburg beschäftigen 797 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 57 Auszubildende. Zum Unternehmensverbund gehören außerdem die Tochtergesellschaften Aktiv Bus, Flensburger Hafen, Flughafen sowie die Flensburger Ladeinfrastrukturgesellschaft.

Der Aufsichtsrat beschloss für das Geschäftsjahr 2025 eine Ausschüttung von 7,2 Millionen Euro an die Stadt Flensburg als alleinige Eigentümerin der Stadtwerke. Wollscheidt Fazit: „Wir sind grundsolide aufgestellt.“ Julian Wollscheidt hat bei den Stadtwerke Flensburg zum 1. Juni die Position des kaufmännischen Geschäftsführers übernommen. Er führt gemeinsam mit dem technischen Geschäftsführer, Karsten Müller-Janßen, den Energieversorger. Der studierte Wirtschaftsingenieur Wollscheidt stand zuvor als Geschäftsführer der Stadtwerke Völklingen Holding GmbH in der Verantwortung. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

RWE bündelt Offshore-Betrieb in neuem Kontrollzentrum



Das neue RWE-Kontrollzentrum. Quelle: RWE/Oliver Schwarz/Heyst GmbH

WINDKRAFT. Von Ostfriesland aus überwacht und steuert der Essener Energiekonzern RWE künftig seine Offshore-Windparks in Deutschland und Kontinentaleuropa.

RWE hat in der ostfriesischen Gemeinde Jemgum, nahe der Emsmündung, ein neues Kontrollzentrum für den Betrieb seiner Offshore-Windparks eröffnet. Von dort aus werden die Anlagen in Deutschland und Kontinentaleuropa künftig rund um die Uhr überwacht und gesteuert, teilte das Unternehmen mit. Der Standort dient als zentrale Basis für bestehende Windparks und künftige Offshore-Projekte.

Zunächst werde das Team in Jemgum den Betrieb von fünf Offshore-Windparks koordinieren, heißt es weiter. Darüber hinaus übernimmt das Kontrollzentrum eine „wichtige Funktion für den weiteren Ausbau des Offshore-Geschäfts“. So dient der Standort auch als Projektbüro für den derzeit nördlich der Insel Juist entstehende Offshore-Windpark „Nordseecluster“. Nach seiner Fertigstellung wird dieser über eine Leistung von 1.600 MW verfügen.

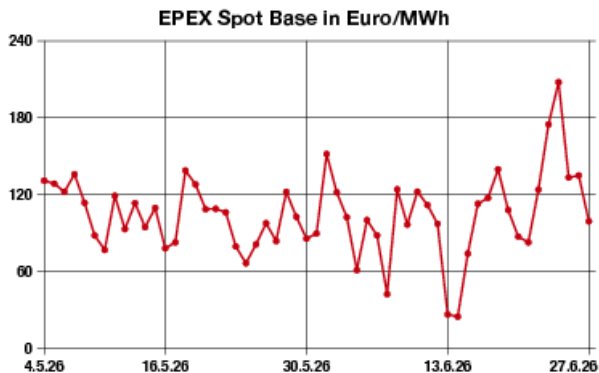
Errichtet wurde das Gebäude von der ostfriesischen Real Immobilien GmbH, die es langfristig an RWE vermietet. Auf über 1.000 Quadratmetern Fläche entstanden innerhalb von zwölf Monaten ein zentraler Kontrollraum, Büros, Besprechungsräume sowie Aufenthaltsbereiche. Rund 50 Beschäftigte arbeiten an dem Standort. Nach Angaben des Unternehmens soll das Betriebsteam in den kommenden Jahren weiter wachsen. Gesucht werde dafür vor allem qualifiziertes Personal aus der Region.

„Der Ausbau der Offshore-Windenergie erfordert nicht nur Anlagen auf See, sondern auch leistungsfähige Standorte an Land“, erklärte Thomas Michel, COO RWE Offshore Wind. Jemgum werde deshalb langfristig eine zentrale Rolle für den Betrieb der Offshore-Windparks des Unternehmens in Deutschland und Kontinentaleuropa übernehmen. RWE betreibt nach eigenen Angaben derzeit 18 Offshore-Windparks. Mit dem neuen Kontrollzentrum stärkt der Konzern die betriebliche Infrastruktur für den Betrieb seiner Offshore-Anlagen und schafft Kapazitäten für weitere Projekte. // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

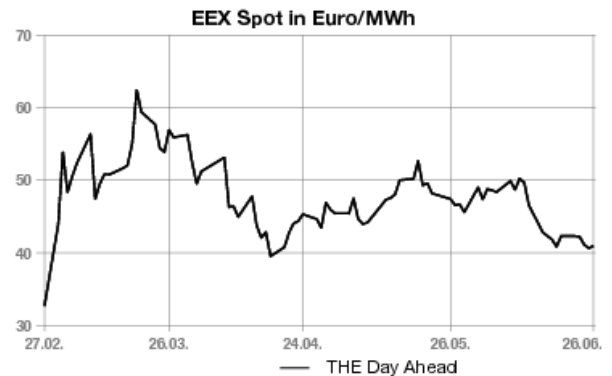
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Baldiges Ende der Hitzewelle dämpft Preise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR.

Uneinheitlich in enger Bandbreite haben sich die Energienotierungen am Freitag gezeigt. Das für Montag erwartete Ende der Hitzewelle in Deutschland und Nordwesteuropa dämpfte die Energienachfrage. Allerdings stehen Strom und Gas zum Teil vor technischen Unterstützungsmarken, die nur schwer zu überwinden sein werden. Eine Ausnahme unter den Märkten stellte Rohöl dar, das seine Talfahrt wegen des zunehmenden Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus fortsetzt. Doch die Situation bleibt unsicher. Iran hat nach einem Angriff auf ein Schiff vor der Küste Omans bekräftigt, dass Durchfahrten durch die Straße von Hormus nur auf von Teheran festgelegten Routen sicher seien.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Der Montag wurde mit 165 Euro im Base gesehen. An der Börse zeigte sich der Montag in der Grundlast ebenfalls bei 165 Euro. Der Freitag hatte am Donnerstag außerbörslich mit 135,50 Euro notiert. Der Samstag wurde an der Epex Spot mit 99,42 Euro im Base und 57,44 Euro im Peak auktioniert. Negative Preise auf Stundenbasis ergaben sich nicht.

Händler führen den Preisanstieg von Freitag auf Montag auf geringere Einspeisemengen der Erneuerbaren zurück. So prognostizieren die Meteorologen von Eurowind für den Berichtstag 26,4 Gigawatt an Beiträgen von Wind und Solar, während am Montag der neuen Woche nur 21,4 Gigawatt zusammenkommen sollen. Eurowind geht für die erste Hälfte der neuen Woche von einem generell eher moderaten Erneuerbarenaufkommen aus.

Die Primärenergieträger könnten bei einer raschen Normalisierung am Persischen Golf noch mehr unter Druck geraten, so ein Händler. Dies werde jedoch nur gedämpfte Auswirkungen auf den Strommarkt haben. Kurzfristig sei ein Unterschreiten der Marke von 90 Euro für das Frontjahr daher wenig wahrscheinlich.

Am langen Ende sank das Cal 27 um 0,70 auf 91,83 Euro.

CO2: Die CO2-Preise haben sich am Freitag etwas leichter gezeigt. Bis gegen 13.44 Uhr verlor der Dec 26 um 0,31 auf 80,25 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 8,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 81,07 Euro, das Tief bei 80,23 Euro.

Das bevorstehende Ende der Hitzewelle dürfte CO2 etwas belasten, hieß es. Der Markt richtet sein Augenmerk bereits auf die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des EU-ETS, die für den 15. Juli erwartet werden. Ein Bericht auf Bloomberg über die Pläne der Kommission wurde von Händlern als leicht bearish eingestuft. Im Raum sollen Vorschläge gestanden haben, ab 2028 weniger Zertifikate in die Marktstabilitätsreserve zu überführen.

Erdgas: Etwas fester haben sich die europäischen Gaspreise am Freitag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.40 Uhr um 0,301 auf 40,871 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE kletterte der Day-ahead um 0,500 auf 40,750 Euro.

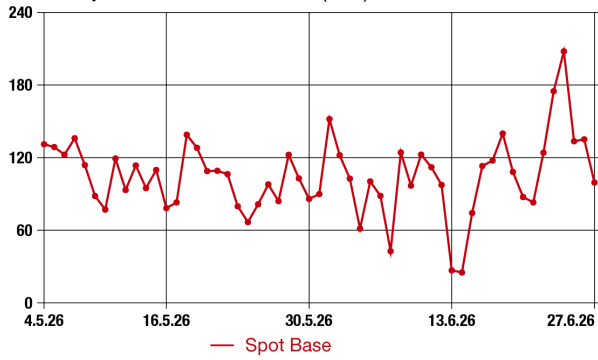
Sollte sich der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus normalisieren, könnte Gas weiter unter Druck geraten, hieß es. Allerdings sei die Marke von 40 Euro eine sehr starke technische Unterstützung. Stützende Impulse gehen zudem vom derzeit hohen LNG-Bedarf Asiens aus. Auch dort herrscht wegen einer Hitzewelle Nachfrage an zusätzlicher Energie für Kühlzwecke. // **VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN**

[^ Zum Inhalt](#)

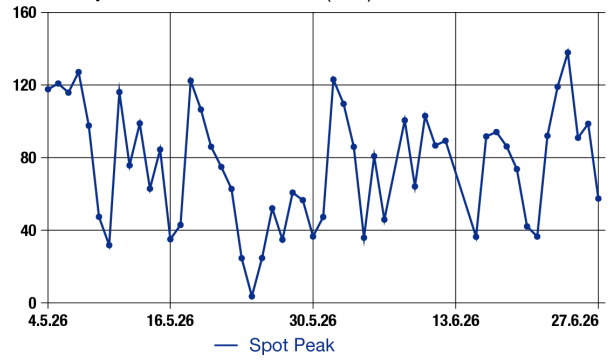
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

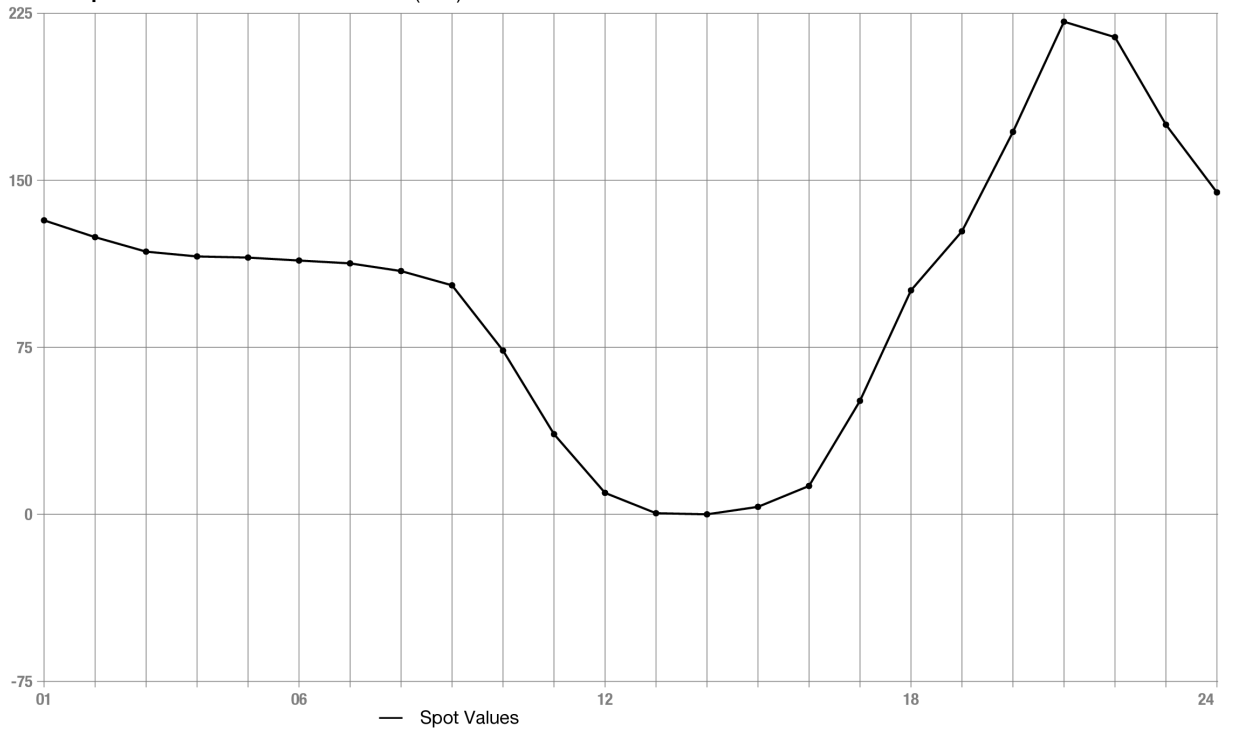
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

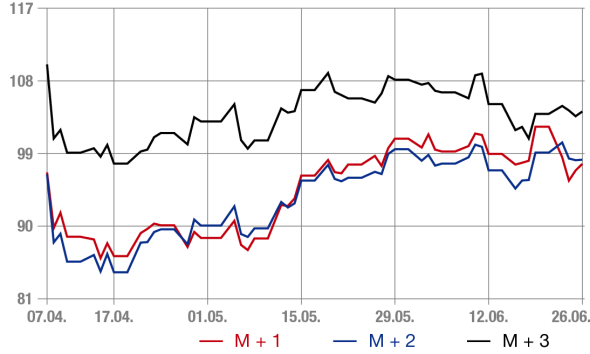
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.06.26	German Power Jul-2026	97,71
M2	26.06.26	German Power Aug-2026	98,23
M3	26.06.26	German Power Sep-2026	104,20
Q1	26.06.26	German Power Q3-2026	100,00
Q2	26.06.26	German Power Q4-2026	111,98
Q3	26.06.26	German Power Q1-2027	108,38
Y1	26.06.26	German Power Cal-2027	91,93
Y2	26.06.26	German Power Cal-2028	81,71
Y3	26.06.26	German Power Cal-2029	75,47

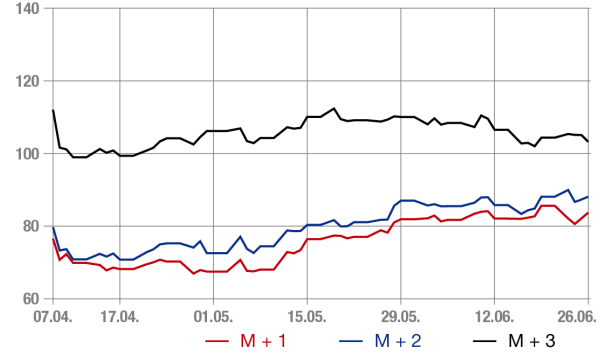
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.06.26	German Power Jul-2026	83,71
M2	26.06.26	German Power Aug-2026	88,12
M3	26.06.26	German Power Sep-2026	103,22
Q1	26.06.26	German Power Q3-2026	91,62
Q2	26.06.26	German Power Q4-2026	136,89
Q3	26.06.26	German Power Q1-2027	126,98
Y1	26.06.26	German Power Cal-2027	97,24
Y2	26.06.26	German Power Cal-2028	87,58
Y3	26.06.26	German Power Cal-2029	80,95

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



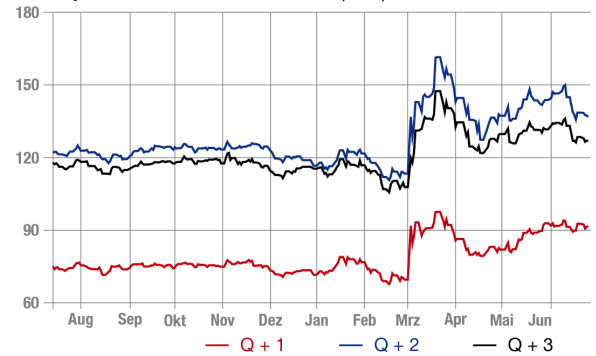
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



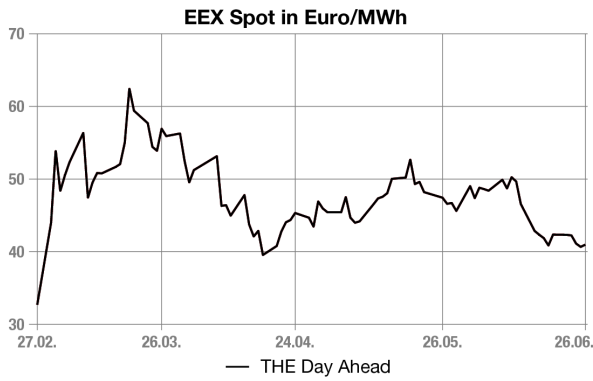
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



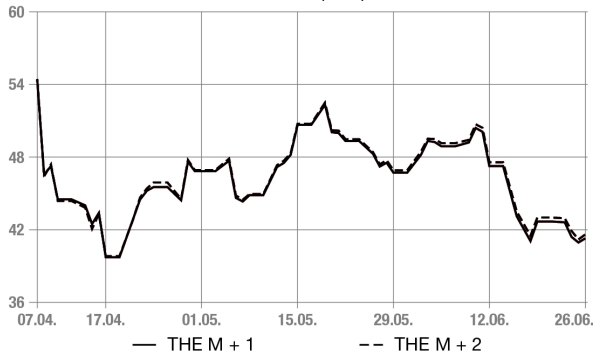
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.06.26	German THE Gas Jul-2026	41,29
M2	26.06.26	German THE Gas Aug-2026	41,61
Q1	26.06.26	German THE Gas Q3-2026	41,63
Q2	26.06.26	German THE Gas Q4-2026	42,35
S1	26.06.26	German THE Gas Win-2026	41,86
S2	26.06.26	German THE Gas Sum-2027	33,30
Y1	26.06.26	German THE Gas Cal 2027	35,41
Y2	26.06.26	German THE Gas Cal 2028	28,74



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



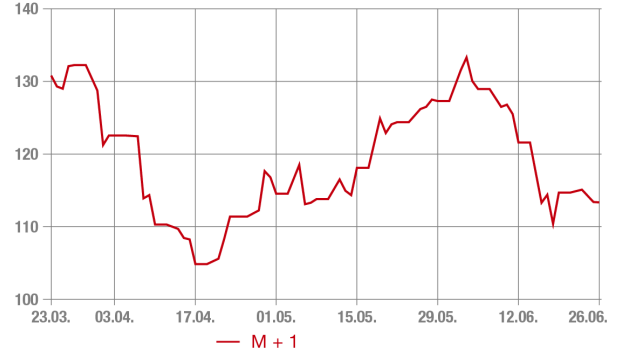
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	26.06.26	99,42	EUR/MWh
Germany Spot peak	26.06.26	57,44	EUR/MWh
EUA Juni	26.06.26	79,24	EUR/tonne
Coal API2 Juni 2026	25.06.26	126,10	USD/tonne

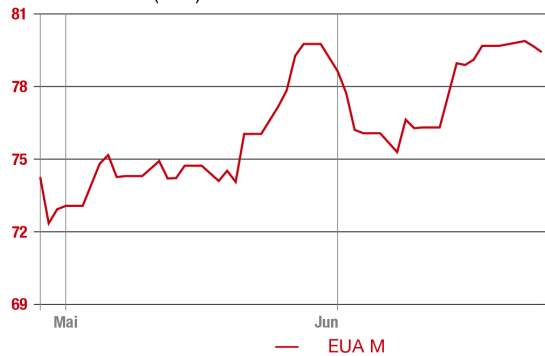
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	26.06.26	40,97	EUR/MWh
German THE Gas Jul-2026	26.06.26	41,29	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	26.06.26	35,41	EUR/MWh
Crude Oil Brent Aug-2026	26.06.26	71,99	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Ruhleben

Über unsDie Berliner Wasserbetriebe sind mit knapp 4.900 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen ...
in Berlin

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical



Projektmanager (m/w/d) Windenergie & Erneuerbare Energie

Für die Energiewende in Deutschland und weltweit. Verstärke uns am Standort Bremen alserfahrener ...
in Bremen

vor 2 h

Projektleitung Freie Mitarbeit



Projektleiter (m/w/d) Kompensationsmaßnahmen Windenergie

Bring frischen Wind in dein Berufsleben!Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...
in Bremen

vor 2 h

Projektleitung Ausbildung / Freie Mitarbeit



WIG - Schweißer / Metallbauer (m/w/d) - Rohrbauteile nach ISO für Biomethan- und CO2-...

Unternehmensbeschreibung Team Kanadevia Inova BioMethan - Dein Karriere-Champion! Willkommen...
in Zeven

vor 2 h

Ausbildung



Mechaniker (m/w/d) - Erneuerbare Energien: Produktion von Biomethan- und CO2-Anlagen

UnternehmensbeschreibungBewirb dich über TalknJobWenn diese Position dein Interesse weckt, kan...
in Zeven

vor 2 h

Ausbildung

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

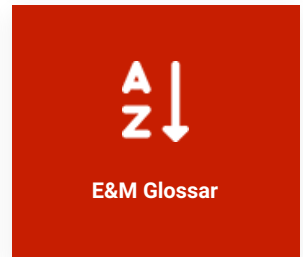
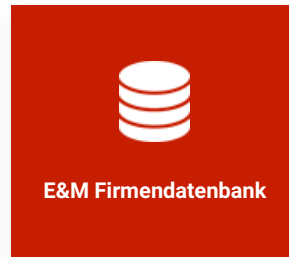
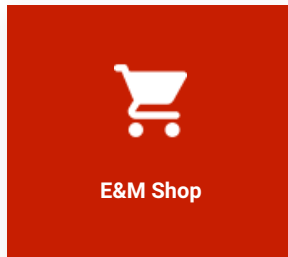
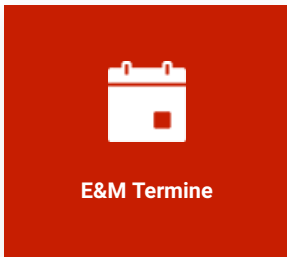
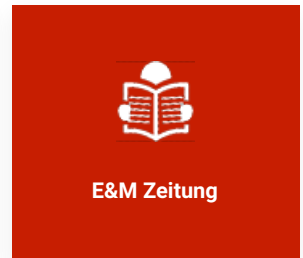
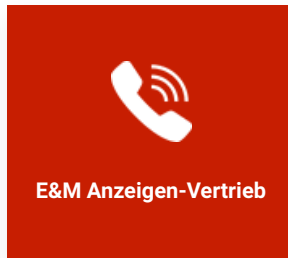
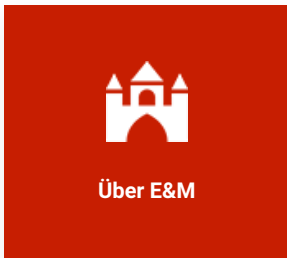
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

